

# Wo bleibt die Selbstkritik?

Von Ulrike Ackermann\*

## Abstract

Die Reaktionen vieler Intellektueller auf den russischen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine zeigen, dass eine kritische Aufarbeitung der eigenen Narrative über den Antifaschismus und Pazifismus der Nachkriegszeit nach 1945 bis heute ausgeblieben ist. Immer noch wird der Frieden über die Freiheit gestellt – auch wenn sich Machtverhältnisse verschoben haben und die Angriffe auf den Westen aggressiver geworden sind. Der antitotalitäre Kompass ist über die Jahrzehnte verloren gegangen. Um unsere liberalen Demokratien gegen äußere und innere Feinde verteidigen zu können, brauchen wir einen neuen antitotalitären Konsens.

*The reactions of many intellectuals to the Russian war of extermination against Ukraine show that a critical reappraisal of their own narratives about postwar anti-fascism and pacifism after 1945 has remained absent until today. Peace is still valued over freedom – even though power relations have shifted and attacks on the West have become more aggressive. The anti-totalitarian compass has been lost over the decades. To be able to defend our liberal democracies against external and internal enemies, we need a new anti-totalitarian consensus.*

Seit Februar 2022 sind wir Zeugen eines martialischen Vernichtungskriegs gegen die Ukraine, den Vladimir Putin und sein Regime von langer Hand geplant hatten. Seiner Armee befehligt er Kriegsverbrechen, sie foltert, vergewaltigt, interniert, vernichtet oder verschleppt zu Hunderttausenden die Zivilbevölkerung. „Ob es dir gefällt oder nicht, erdulde es, meine Schöne“, rief Putin diese Vergewaltigungsphantasie zu Beginn seiner Invasion der ukrainischen Nation entgegen.

Für Staunen sorgt in Deutschland immer noch der Widerstands- und Kampfesgeist der ukrainischen Bevölkerung, der Politiker und der Armee. Die Ukrainer kämpfen seit der Majdan-Revolution 2014 für das Selbstbestimmungsrecht ihrer Nation, die Fortsetzung ihres Wegs gen Westen, für Freiheit und Demokratie. Die Antwort Vladimir Putins darauf war die Annexion der Krim, seine „grünen Männchen“, die die vermeintlich prorussischen Gebiete im Osten des Landes „befreiten“. Viele in Deutschland verstecken sich jetzt hinter dem Satz, „Putin hat uns getäuscht“. Doch Putin hat seine neoimperialen Absichten seit drei Jahrzehnten während des Ausbaus seiner Macht zum Diktator ganz offen gezeigt. Da der Zusammenbruch der Sowjetunion für ihn „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ war, ist er bestrebt, gewaltsam Grenzen zur Wiederherstellung des Imperiums zu revidieren:

---

\* Prof. Dr. Ulrike Ackermann leitet das *John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung* in Heidelberg.

die Bombardierung Grosny 2001, der Überfall auf Georgien 2008, die Zerstörung Aleppos, die Annexion der Krim, der ständige Krieg in der Ostukraine in Luhansk und Donezk.

Die Putin-Versteher und Putin-Knechte wollten nicht nur billiges Gas und Öl für Deutschland. Altkanzlerin Angela Merkel bereut bis heute nicht das von ihr propagierte Märchen von den rein „wirtschaftlichen“ Geschäften mit der Energie, die nicht politisch gewesen seien. Und Altkanzler Gerhard Schröder hält an seiner engen Freundschaft mit dem Putin fest. Er darf sogar weiterhin Mitglied der SPD bleiben. Michael Roth, der sozialdemokratische Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag war lange Zeit in seiner Partei ein einsamer Rufer.<sup>1</sup>

Aber nicht nur große Teile der SPD, sondern auch der CDU und FDP hatten über Monate ganz offensichtlich ein Problem mit der von Kanzler Olav Scholz verkündeten Zeitenwende. Und blickten skeptisch auf die klare proukrainische Positionierung der Grünen und ihrer Außenministerin Annalena Baerbock. In ihrem Abnutzungskrieg zwangsrekrutieren Putin und seine Warlords immer wieder Hunderttausende russische Männer, die beim Vormarsch als Kanonenfutter an der Front verheizt werden. Dem kann das kleine Volk der Ukrainer nur mit massiven schweren Waffen aus dem Westen begegnen. Umso tragischer ist es gewesen, dass besonders Deutschland, aber auch andere europäische Nachbarländer trotz Ausrufung der Zeitenwende so lange mit der Lieferung und Beschaffung schwerer Waffen gezögert haben. Ohne die große Unterstützung der USA stünde es noch dramatischer um die Ukraine. Auch wenn der deutsche Kanzler nach stetigem Drängen sich sehr spät um eine Führung in Europa bemühte und Deutschland inzwischen auch modernste Kampanzer liefert, ist es hoffentlich nicht zu spät gewesen für einen zukünftigen Sieg der Ukraine.

Viele Wirtschaftsvertreter, Politiker aber auch Intellektuelle denken bis heute in imperialen Einflussphären und repetieren das Märchen von der Demütigung und Kränkung Putins, weil sich die NATO ausgedehnt habe. Doch die Ukraine und Kasachstan lieferten damals ihre nuklearen Waffen an Moskau ab. So wurde Russland zu „der“ Atommacht vor Ort. Seit Jahren versucht Moskau mit seiner Propaganda und millionenstarken Unterstützung rechtsradikaler Parteien Europa zu spalten und zu destabilisieren und provozierte die Flüchtlingskrise mit dem Syrien-Krieg. Ganz unverhohlen rief Putins Chefideologe Alexander Dugin 2015 zum „Dschihad gegen den westlichen Liberalismus“ auf. Seine Kritiker ließ der Diktator vergiften, erschießen oder wirft sie ins Gefängnis, flankiert von einer forcierten Wiederbelebung des Stalin Kults. 2019 gab Putin der Financial Times ein langes Interview und verhöhnte kurz vor dem G20-Gipfel die „sogenannte liberale Idee“.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Michael Roth: Europas Sicherheit: Gegen, nicht mit Russland. In: WamS, 10.7.2022.

<sup>2</sup> Vgl. auch Alexander Dugin (2022): Das große Erwachen gegen den Reset. Bad Schmiedeberg.

Nach der Annexion der Krim 2014 äußerte Altkanzler Helmut Schmidt Verständnis für Putins Vorgehen – das übrigens auch Michael Gorbatschow teilte – und sprach den Ukrainern ab, eine Nation zu sein. Dieser wohlwollende Blick nach Moskau hat eine lange Tradition. Unmittelbar vor der Verhängung des Kriegsrechts in Polen und der Niederschlagung der Solidarnosc-Bewegung 1981 sagte Schmidt in einem Gespräch, er könnte verstehen, wenn sich die Sowjetunion engagiert, denn sie müsse „als Führungsmacht ihren Laden sauber halten“. Im Juni 2015 bezeichnete Frank-Walter Steinmeier – trotz der Proteste aus den USA, den ostmitteleuropäischen Ländern, dem Baltikum und der Ukraine – die Vereinbarung zu Nordstream 2 als „Brücke zwischen Russland und Europa“, die dem Frieden diene. Inzwischen entschuldigt man sich angesichts des Scheiterns der Russland-Politik ein bisschen und Olaf Scholz stellte in seiner Rede zum Jahrestag des 8. Mai 1945 die Unterstützung der Ukraine auch mit schweren Waffen unter das neue Motto ‚Freiheit und Sicherheit‘ in der proklamierten „Zeitenwende“. Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil kündigte unter dem öffentlichen Druck eine neue Ostpolitik an. Doch das lange Zaudern lässt an einer grundlegenden mentalen Umkehr zweifeln – nicht nur in der SPD, sondern auch bei vielen Intellektuellen, die immer noch unverhohlen die Kapitulation der Ukraine zugunsten des Weltfriedens fordern.

Besonders die Sozialdemokratie hat ihre Verbundenheit mit den Kommunisten in Moskau und später Putin nie aufgearbeitet. Frieden war ihr schon zu Zeiten der Entspannungspolitik immer wichtiger als Freiheit. Am Status quo der Nachkriegsordnung sollte nicht gerüttelt werden: Wandel durch Annäherung und Liberalisierung durch Stabilisierung. Doch letztlich sorgte weniger der 2022 verstorbene Michael Gorbatschow – gerade in Deutschland sehr beliebt und teils verklärt – als der NATO-Doppelbeschluss zur Raketenstationierung und die Abschreckungspolitik des Westens und Ronald Reagans sowie die friedlichen Revolutionen der Bürgerrechtsbewegungen 1989 für einen anderen Lauf der Geschichte. Sozialdemokraten und viele Intellektuelle hatten die ostmitteleuropäischen Dissidenten lange Zeit als gefährliche Störenfriede des Weltfriedens und der Entspannungspolitik angesehen. Günter Grass rechtfertigte noch 1990 die Mauer und Teilung Europas als Strafe für Auschwitz. Und Jürgen Habermas mokierte sich angesichts der Wiedervereinigung über den „DM-Nationalismus“ der Ostdeutschen. Auf die Vorhaltung des polnischen Historikers und Dissidenten Adam Michnik, warum in seinem Werk keine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Stalinismus zu finden sei, antwortete Habermas 1993, die Angst vor dem Beifall der falschen Seite habe ihn schweigen lassen, er wollte nicht in ein „antikommunistisches Fahrwasser geraten“. Wer vor 1989 in der Bundesrepublik das antikommunistische Aufbegehren der Dissidenten gegen die kommunistische Diktatur unterstützte, galt im linksliberalen Intellektuellenmilieu und bei vielen Sozialdemokraten als kalter Krieger, als reaktionär und rechts. Nur eine Minderheit sah dies im linken Spektrum anders. Das Ende des Eisernen Vorhangs und der Fall des „antifaschistischen Schutzwalls“ rief bei vielen Intellektuellen denn auch keine große Begeisterung hervor. Mit der vereinigten Nation haderten sie und wähten einen neuen Nationalismus. Als fortschrittlich galt hingegen, wer Na-

tionalstaaten für obsolet hielt und das Lob des Postnationalismus und europäischen Bundesstaats anstimmte. Es passte vielen nicht, dass während der friedlichen Revolutionen 1989 ausdrücklich die „bürgerlichen“ Freiheiten, die eigene Nation und die Rückkehr in die westliche Wertegemeinschaft auf der Agenda standen. Unbehagen bereitete auch, dass mit dem Ende der sowjetischen Herrschaft die Abgründe kommunistischer Verbrechen zumindest für kurze Zeit wieder ein Thema öffentlicher Debatten waren. Hatte doch im Zuge der Studentenbewegung 1968 ein einschneidender Paradigmenwechsel stattgefunden, der den antitotalitären Konsens der Nachkriegszeit auflöste. Die Renaissance des Marxismus an den Hochschulen wie in den gesellschaftlichen Debatten machte den westlich-liberalen Totalitarismustheorien, die Nationalsozialismus, Faschismus, Kommunismus und Stalinismus vergleichend untersuchten, den Garau. Diverse Faschismustheorien dominierten nun den Diskurs, Stalins Verbrechen blieben außen vor. Eine Melange aus Antifaschismus, Antikapitalismus, Antikolonialismus und Antiamerikanismus – in Folge des Vietnamkrieges – verdichtete sich zu einem ausgeprägt antiwestlichen Ressentiment, das in sozialdemokratischen Kreisen ebenso anzutreffen war wie in intellektuellen Zirkeln. Zugleich galt es als schick, einen generalisierten Faschismusverdacht gegenüber der Bundesrepublik zu propagieren. Eine läuternde intellektuelle Selbstreflexion darüber steht bis heute aus.

Offensichtlich berührt Putin mit seiner Antifaschismus-Rhetorik diesen fortbestehenden blinden Fleck bei Linken, Sozialdemokraten, Intellektuellen und Kulturschaffenden und verfängt damit. Weniger die westlichen Alliierten im Kampf gegen Hitler standen und stehen im Fokus, sondern die glorreiche Sowjetunion mit ihrer Roten Armee. Der Mythos von der siegreichen Niederschlagung des Faschismus adelte die Sowjetunion als die große antifaschistische Befreierin. Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 geriet darüber ebenso in Vergessenheit wie die erfolgreiche Praxis der sowjetischen kommunistischen Partei, westliche Intellektuelle und Künstler (Pablo Picasso, Leon Feuchtwanger, André Gide u. a.) auf ihren antifaschistischen Schriftstellerkongressen als *Fellow Travellers* zu instrumentalisieren. Unter der Wucht der alljährlichen prunkvollen Paraden in Moskau anlässlich der Feiern des Sieges über den Faschismus am 9. Mai 1945 sind über die vielen Jahrzehnte die Millionen Opfer der kommunistischen Verbrechen vergessen, die Gräueltaten verharmlost oder geleugnet worden. Dieser Sieg schloss indes auch die Unterjochung der östlichen Hälfte Europas seitens der Sowjetmacht ein. Doch der Mythos von der antifaschistischen Befreierin und Stifterin des Weltfriedens ist latent immer noch wirkmächtig und verstellt den Blick auf die Diktatur in Russland. Putin beschwört mit seinen Geschichtslügen und der Umkehrung des Täter-Opfer-Verhältnisses weiter das Bild von den Russen als Hauptopfer der Nazis. Obwohl vom deutschen Vernichtungskrieg und den Gräueltaten besonders Belorussland, Polen und die Ukraine betroffen waren; zuvor starben in der von Stalin erzeugten Hungersnot vier Millionen Ukrainer.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Vgl. dazu: Timothy Snyder (2011/22): *Bloodlands*. Europa zwischen Hitler und Stalin. München erw. Aufl.

Heute bezeichnet Putin die Ukrainer als Faschisten und Nazis, die einen Genozid an den Russen planten, und will sie ausrotten. Die „militärische Spezialoperation“ soll die „Entnazifizierung“ und „Entukrainisierung“ exekutieren, so lässt es Putin propagieren. Der Diktator beschwört mit seiner Lüge und der Umkehrung des Täter-Opfer-Verhältnisses das Bild von den Russen als Opfer der Nazis. Deshalb wird auch der jüdische ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj von Russlands Außenminister Sergej Lawrow in einen Täter umgedeutet und Hitler absurderweise zum Halbjuden gemacht.

Es ist legitim und notwendig, auf Gefahren einer unberechenbaren Eskalation und Ausweitung dieses grausamen Krieges hinzuweisen. Doch tappen Jürgen Habermas und die zur ukrainischen Kapitulation aufrufenden Intellektuellen, wie David Precht, Harald Welzer oder Alice Schwarzer in Putins antifaschistische Propaganda-Falle, wenn sie seine Drohung mit dem Atom-Krieg aus Angst übernehmen.<sup>4</sup> Doch ängstliches Zurückweichen wird den Hunger des Imperators nicht stillen, sondern steigern.

Habermas billigte in seinem Essay Putin die Definitionsmacht zu, wann der Westen die Grenze seines Kriegseintritts überschreitet und damit Putin zum großen Schlag ermuntert – eine seltsame Verdrehung der Lage. Der Sozialphilosoph reklamierte für sich die verantwortungsethische, kühle Rationalität und warnte die gefühlsbetonten, hitzköpfigen Gesinnungsethiker der jüngeren Generation, besonders bei den Grünen, in ihrer Kritik am Pazifismus vor kurzschlüssigen Forderungen nach schwerer Bewaffnung. Der ukrainischen Regierung warf er moralische Erpressung des Westens mittels geschickter medialer Inszenierung vor. Zeitgleich mit der Einlassung von Habermas publizierten in deutlichem Bezug darauf rund 30 Intellektuelle und Künstler einen offenen Brief in der Zeitschrift Emma, Initiatorin war die Herausgeberin Alice Schwarzer. Ebenso wie dem postnationalen Habermas ist ihnen die heroische Verteidigung der eigenen Nation äußerst suspekt. Sie fordern einen schnellstmöglichen Waffenstillstand und Kompromiss, defacto die Kapitulation der Ukraine, um eine atomare Eskalation zu verhindern. Diese Eskalation liege nicht nur bei Putin. In paternalistischer Manier und schwer erträglicher intellektueller Hybris sprachen sie der ukrainischen Regierung das nationale Selbstbestimmungsrecht ab, denn „moralisch verbindliche Normen sind universaler Natur“. Die Ukraine liefere dem ursprünglichen Aggressor sehenden Auges ein Motiv – damit ist das Standhalten und die Verteidigung der Nation gemeint – zu einem „gegebenenfalls verbrecherischen Handeln“. Sie warnen vor der Lieferung schwerer Waffen und einer weltweiten Rüstungsspirale. Wenn von einem Kompromiss und einem Waffenstillstand für die Gesichtswahrung von Putin die Rede ist, bedeutet dies schlichtweg die Unterwerfung in einem Vernichtungskrieg. Kurz darauf erschien ein weiterer offener Brief „Waffenlieferung an die Ukraine“ von Intellektu-

---

<sup>4</sup> Vgl. Jürgen Habermas: Krieg und Empörung. In: Süddeutsche Zeitung, 29.4.2022; Offener Brief an Kanzler Olaf Scholz. In: EMMA, 29.4.2022; Timothy Snyder: Deutschlands Verantwortung. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 26.6.2022, Replik auf Jürgen Habermas.

ellen, den auch die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller, Maxim Biller und Ralf Fücks unterzeichnet hatten, in dem die klare Unterstützung der Ukraine gefordert wird, und dies auch mit schweren Waffen.<sup>5</sup> Dem kann man nur zustimmen. Denn wenn wir Putin jetzt nicht mit allen Mitteln und schwersten Waffen stoppen, wird nicht nur die Ukraine vernichtet, es geht schon viel länger um einen Angriff auf unsere westlichen Demokratien und Freiheiten. Kurz vor dem ersten Jahrestag des Überfalls auf die Ukraine und der neuen russischen Frühjahrsoffensive forderte Jürgen Habermas erneut solche Verhandlungen.<sup>6</sup> Auch Alice Schwarzer, diesmal zusammen mit Sahra Wagenknecht und Vertretern der AfD verlangten in einem neuerlichen „Manifest für den Frieden“ das sofortige Ende der Waffenlieferung und stattdessen Verhandlungen. Nach Angabe der Initiatorinnen hätten bereits über 500.000 Menschen unterzeichnet. Auch dies rief Gegenaufrufe hervor. Doch der neo-imperialistische Diktator Putin und seine Ideologen verstehen Russland als Imperium, dass es erst tatsächlich wieder sein wird, wenn es mindestens die Ukraine einverleibt hat. Friedenverhandlungen, die diesen Namen verdienen, kann es aber erst geben, wenn Putin seinen Vernichtungs- und Eroberungskrieg beendet und die territoriale Integrität der teils besetzten Ukraine wiederhergestellt ist, d. h. die Rückgabe der Ostgebiete und der Krim an die Ukraine, wie es das internationale Völkerrecht verlangt. Auch der Internationale Gerichtshof bzw. ein Sondertribunal muss sich mit diesem Vernichtungskrieg befassen.

Offensichtlich ist uns aufgrund einer überaus leichtsinnigen Geschichtsvergessenheit der antitotalitäre Kompass abhandengekommen. Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die westlichen Demokratien kehrt das Verdrängte und Ausgeblendete mit Macht zurück und zwingt uns, genauer hinzuschauen.

Auch der Kongress für Kulturelle Freiheit, der von seiner Gründung 1950 bis die 1970er Jahre arbeitete, fiel dem Vergessen anheim. In Berlin hatten sich 1950 zu Beginn europäische und amerikanische Intellektuelle versammelt, die Nationalsozialismus, Faschismus und Stalinismus zumeist am eigenen Leibe erfahren hatten. Alle Reden vor den 1800 aus aller Welt geladenen Gästen standen unter dem Eindruck der gerade eingetroffenen Nachricht: nordkoreanische Truppen hatten Südkorea überfallen; der Kalte Krieg war plötzlich heiß geworden. Zur Abschlusskundgebung versammelten sich im Sommergarten am Berliner Funkturm rund 15 000 Besucher. Alle Reden mündeten in ein großes Plädoyer für ein freies und vereinigtes Europa. Pathetisch schloss einer der Hauptakteure, der Schriftsteller Arthur Koestler mit den Worten: „Freunde, die Freiheit hat die Offensive ergriffen.“

Ein antitotalitärer Konsens einte den Kongress für kulturelle Freiheit, der die Diskussionen in Berlin und die weitere Arbeit dieses außergewöhnlichen Netzwerkes bestimmte. Der Sozialdemokrat Carlo Schmid war dabei, Richard Löwenthal, der

<sup>5</sup> Vgl. Waffenlieferungen für die Ukraine, ZEIT online, 4. Mai 2022.

<sup>6</sup> Vgl. Jürgen Habermas, Plädoyer für Verhandlungen. In: Süddeutsche Zeitung, 14.2.2023; Manifest für den Frieden, Sahra Wagenknecht, Alice Schwarzer u. a. In: <https://www.emma.de/artikel/manifest-fuer-frieden-340057>, 10.2.2023

Historiker Golo Mann, Eugen Kogon, Francois Bondy oder der französische Schriftsteller David Rousset. Auch die europäischen Föderalisten, die sich teils schon vor Kriegsende getroffen hatten und nicht zuletzt den Europarat initiierten, waren maßgeblich an der Kongressarbeit beteiligt: u. a. der Italiener Altiero Spinelli und der Franzose Denis de Rougemont. Eine besondere Rolle kam dem großen Denker des liberalen Antitotalitarismus, dem Soziologen Raymond Aron, zu. Zur Gründungskonferenz waren zahlreiche Emigranten aus Ostmitteleuropa gekommen: u. a. Jerzy Giedroyc, der Begründer der traditionsreichen polnischen, seit 1939 in Paris erscheinenden Exilzeitschrift *Kultura*. Im Ehrenpräsidium saßen Benedetto Croce, John Dewey, Karl Jaspers, Jacques Maritain und Bertrand Russell. Beteiligt daran waren später auch Hannah Arendt, Albert Camus, Alexander Weißberg-Cibulsky, George Orwell, Manès Sperber, Czeslaw Milosz, Leszek Kolakowski, Francois Fejtő und Daniel Bell. Neben der leidenschaftlichen Verurteilung totalitärer Politik zählten die Debatten über die zukünftige Rolle Europas zu den Höhepunkten der Berliner Konferenz. Die Suche nach dem Standort Europas zwischen den beiden Großmächten war nicht nur wegweisend für die weitere Arbeit des Kongresses, sondern außerordentlich vorausschauend. Wutentbrannt reagierten die Kommentatoren in Moskau und Ostberlin auf diese antifaschistische, aber gleichsam antikommunistische intellektuelle Demonstration. Mit Verweis auf die amerikanische Finanzierung war von den „Wallstreetgespenstern beim Tischerrücken“ die Rede; die *Prawda* geißelte die Veranstaltung als „Kongress der Kriegsbrandstifter“.

Zwischen 1953 und 1955 gelang es, das Netzwerk der Zeitschriften, die aus den Aktivitäten des Kongresses entstanden waren, auszubauen: Neben dem Monat in Deutschland und *Preuves* in Frankreich kam 1953 der *Encounter* in London, *Tempo presente* in Italien und *Cuadernos* in spanischer Sprache hinzu. Die österreichische Zeitschrift *Das Forum*, unter der Chefredaktion von Friedrich Torberg, schloss sich ebenfalls dem Netzwerk an. Es veranstaltete Symposien, sorgte dafür, dass Bücher, die nur im Westen erhältlich waren, in die Hände ihrer Kollegen in den kommunistischen Staaten gelangten, und half bei der Publikation von Büchern und Zeitschriften. Ausdrücklich wandte man sich mit dieser Arbeit nicht an offizielle Institutionen des zwischenstaatlichen Kulturaustausches, sondern an Einzelpersonen und unabhängige Gruppen und Initiativen in Ostmitteleuropa. Oberstes Prinzip – so hatte es der Schriftsteller Ignazio Silone formuliert – war die freie Zirkulation der Menschen und Ideen. Fortgesetzt wurde diese Arbeit auch jenseits des Eisernen Vorhangs, im Untergrund in Ostmitteleuropa, die Dissidenten vernetzten sich und standen im clandestinen Austausch mit westlichen Intellektuellen.

Die Renaissance des Marxismus, die Etablierung diverser linker Faschismustheorien, Antikapitalismus und der ausgeprägte Antiamerikanismus seit der Studentenbewegung 1968 schufen ein politisch-intellektuelles Klima, in dem die Totalitarismuskritik zunehmend in Misskredit geriet, insbesondere in Deutschland. Selbst nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 wurde diese folgenreiche europäisch-amerikanische Zusammenarbeit im Kongress für kulturelle Freiheit nicht gewürdigt, sie ist nahezu aus dem europäischen Gedächtnis herausgefallen. Deshalb

lohnt sich heute noch ein Blick in die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Kongresses, die ich anhand zeitgenössischer Quellen rekonstruiert habe. Erhellend ist dabei ein Vergleich der deutschen und französischen Debatten. Für das Gros der französischen Linksintelligenz jener Zeit stand fest, man müsse die Sowjetunion und ihre „Errungenschaften“ um jeden Preis verteidigen. Erst Ereignisse wie die Niederschlagung der Ungarischen Revolution 1956 und des Prager Frühlings 1968 sowie das Erscheinen von Alexander Solschenizyns „Archipel Gulag“ 1974 über das sowjetische Lagersystem öffneten ihnen die Augen. Französische Intellektuelle begannen einen intensiven Austausch mit den Dissidenzbewegungen Osteuropas und unterstützten sie. Anders, bis auf wenige Ausnahmen, die westdeutschen Intellektuellen: ihr „Sündenfall“ bestand darin, nach 1968 auf einen politisch blinden Antifaschismus zu setzen, der sie daran hinderte, sich mit der Realität des kommunistischen Totalitarismus angemessen auseinanderzusetzen. Deshalb konnte von tätiger Solidarität mit den verfolgten osteuropäischen Dissidenten keine Rede sein. Die Debatten über den Krieg in Ex-Jugoslawien in den 1990er Jahren folgten ähnlichen Mustern. Wir erinnern uns an Peter Handkes kruden Antifaschismus und seine Verteidigung des Diktators Slobodan Milošević mit Verweis auf die Bombardierung Belgrads von Seiten der Nationalsozialisten. Er fand viel Beifall. Ein Vergleich der nationalsozialistischen, faschistischen und kommunistischen Diktaturen ist bis heute verpönt. Doch Ideologien und ihre Wirkmacht versteht man nur, wenn man ihre Entstehung rekonstruiert und sie in ihre Teile zerlegt. Auch in den Debatten über den russischen Vernichtungskrieg, die eingeläutete „Zeitenwende“ und die zögerlich-halbherzige Unterstützung des angegriffenen Staates tauchen wieder altbekannte Denkmuster auf.<sup>7</sup>

Selbstreflexion und Selbstkritik angesichts solch frappierender Irrtümer und blinder Flecke in der Wahrnehmung, die sich über Jahrzehnte hartnäckig gehalten haben, stünden vielen Politikern, Wirtschaftsvertretern und Intellektuellen gut zu Gesichte. Es gibt bis heute noch nicht einmal einen Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, der die fatale deutsche Politik spätestens seit 2014 aufarbeiten würde. Auch die Politikwissenschaft sprach übrigens bis weit nach 1989 gerne vom Systemwettbewerb zwischen Ost und West und scheute das Wort Diktatur oder Unrechtsregime.

Doch die große Krise hat erst begonnen mit dem Krieg in Europa, den Russland gegen die Ukraine führt. Soll dieser Krieg wenigstens dazu dienen, ein breiteres Bewusstsein für die über Jahrhunderte hart erkämpften westlichen Freiheiten und ihre Zerbrechlichkeit bei den Bürgern und Bürgerinnen, in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in Europa zu schaffen. Denn wir haben sehr viel zu verlieren. Deshalb brauchen wir dringend einen neuen, antitotalitären Konsens, um unsere Freiheiten robust verteidigen und den gewaltigen Herausforderungen begegnen zu können.

---

<sup>7</sup> Vgl. Ulrike Ackermann (2000/22): Sündenfall der Intellektuellen. Stuttgart/Neuauf. Darmstadt.